

Der Ukraine-Krieg: Was können Deutschland und die Bundeswehr bislang lernen?

Stefan Bayer

Der russische Angriff auf die Ukraine im Februar vergangenen Jahres hat die deutsche Öffentlichkeit und die Bundeswehr offensichtlich überrascht. Nach Jahrzehnten der Mangelwirtschaft stehen Politik und Streitkräfte vor einem Scherbenhaufen. Um nicht erneut von einer Krise dieser Größenordnung überrumpelt zu werden, muss Deutschland umsteuern. Hierzu stellt der nachfolgende Text fünf Impulse zur Diskussion – mit zentralen Lehren und strategischen Implikationen für die Bundeswehr und die Sicherheitspolitik.

1. Böses Erwachen mit Kriegsbeginn:

Das Phänomen einer „Friedensdividende“ hat die bundesrepublikanische Gesellschaft und mithin die Politik tief geprägt: Umzingelt von Freunden, führte das auch von Francis Fukuyama propagierte „Ende der Geschichte“ zu paradiesischen Friedenszeiten im Herzen Europas. Das rauschhafte Feiern dieses Zustandes machte Menschen insbesondere in Deutschland fast blind auf dem Auge, auf dem man in Sicherheitskategorien zu denken hatte, um den Friedensprozess nachhaltig zu sichern. Die Verteidigungsausgaben sanken seit der deutschen Wiedervereinigung – prozentual gemessen an den gesamten Bundesausgaben – bis zum Jahr 2015. Erst danach stiegen diese wieder an, sicherlich auch geprägt von der Kritik aus den USA und weiteren NATO-Verbündeten. Auch das 2-Prozent-Ziel der NATO wurde trotz mehrfachen Versprechens nicht ernsthaft in den Blick genommen. Offensichtlich war man beseelt von dem ökonomisch unsinnigen Gedanken, Frieden sei tatsächlich zum Nulltarif (und kostenlos) zu erreichen. Heute müssen wir uns bitter eingestehen, dass fundamentale ökonomische Grundtugenden stets auch für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland gelten: „There is no such thing as a free lunch“ – das sollte uns aber eigentlich nicht überraschen.

Autor

Professor Dr. Stefan Bayer ist Leiter Forschung und stellvertretender Direktor beim German Institute for Strategic Studies.



Foto: Archiv mawibo

Bis in die 1990er Jahre verfügte die Bundeswehr über etwa 2.800 Panzerkampffahrzeuge Leopard 1 und M 48 sowie knapp 1.000 Jagdpanzer in den Panzergrenadierbataillonen, derzeit sind es 266 Kampfpanzer Leopard 2

2. Unerledigte Hausaufgaben im Sicherheits- und Verteidigungsbereich:

Die schiere Höhe der Verteidigungsausgaben ist eines der Probleme; die Verwendung der finanziellen Mittel im Geschäftsbereich des BMVg implizierte allerdings darüber hinausgehende Schwierigkeiten bei der strategischen Nutzung der Bundeswehr zur Abschreckung konventioneller Kriege: Die Bundeswehr kann aufgrund der reduzierten Mittelzuweisungen seit der deutschen Wiedervereinigung nicht mehr das erforderliche Leistungsniveau anbieten, um umfassend als Abschreckungsinstrument im Rahmen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik genutzt zu werden. Dies gipfelte sicherlich in der Äußerung des Inspektors des Heeres, Generalleutnant Mais, unmittelbar nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine, der konstatierte: „Ich hätte in meinem 41. Dienstjahr im Frieden nicht geglaubt, noch einen Krieg erleben zu müssen. Und die Bundeswehr,

das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank da.“ Das von Mais angesprochene „Kaputtsparen“ resultiert dabei nicht nur aus singulären Entscheidungen der Finanzpolitik der letzten 30 Jahre, sondern reflektiert den Wert präventiver, strategisch kluger Entscheidungen in vielen Politikbereichen: Erfolgreiche Prävention schafft sich mehr oder weniger selbst ab, und zwar so lange, bis der zu vermeidende Umstand (in unserem Falle also ein Krieg) plötzlich ultimativ bevorsteht. Und in solchen Fällen greifen dann nur noch interventionistische Maßnahmen, die regelmäßig deutlich teurer ausfallen, aber erst in Zukunft verausgabt werden müssen. Insofern drückt dieser Umstand die dauerhafte Unterschätzung des Präventionscharakters von Verteidigung aus: Die Bundesrepublik verlor nicht nur die Möglichkeit zur glaubhaften konventionellen Abschreckung, sondern auch noch die Fähigkeit zur erfolgreichen Intervention im Bedarfsfalle. Es ist

Foto: KMW



Die deutsche Rüstungsindustrie gehört nach wie vor zu den besten der Welt

nicht auszuschließen, dass Präsident Putin diese „Blankheit“ beobachtete, wodurch seine Entscheidung, den Krieg gegen die Ukraine im Februar 2022 zu beginnen, mitbeeinflusst wurde.

3. Bundeswehr mit nichtnachhaltiger Bewirtschaftung unterschiedlicher Ressourcen:

Faktisch drückt sich in diesem Umstand das strategische Problem einer nichtnachhaltigen Bewirtschaftung derjenigen Ressourcen aus, die im Verteidigungsfalle erforderlich wären. Das gilt für nahezu alle denkbaren Facetten dieser Ressourcen: Material, Personal, Munition, Standorte. Und selbstverständlich erfordern Nachhaltigkeitsüberlegungen die differenzierte Analyse der interdependenten Beziehungen der einzelnen Systembestandteile von Verteidigung. Volkswirte fragen dabei nach substituierbaren oder komplementären Austauschverhältnissen zwischen den einzusetzenden Produktionsfaktoren: Im Kern geht es um die Frage, ob zunehmende Personalknappheiten etwa durch mehr Material ausgeglichen werden können (substituierbare Ressourcen) oder eben nicht (komplementäre Ressourcen). Diese variierenden Ressourceneinsätze werden immer vor dem Hintergrund untersucht, ob sich mit verschiedenen Kombinationen von Ressourceneinsätzen ein stets (mindestens) konstantes Verteidigungsniveau realisieren lässt. Die Bundeswehr hat sich im Verlauf der letzten 30 Jahre deutlich zu wenig mit der strategischen Frage einer nachhaltigen Bewirtschaftung ihrer Ressourcen beschäftigt. So wurde etwa der ökonomischen Dimension u. a. bei der Debatte um die Beschaffung bewaffneter Drohnen wenig Bedeutung beigemessen. Im Ergebnis führten deshalb sinkende zur Verfügung stehende Ressourcen zu einer Reduktion der Verteidigungsfähigkeit. Ein Turnaround wäre aus strategischer Perspektive also absolut notwendig, ist aber wohl kaum mit der gebotenen Eile machbar. Stattdessen wird für

die Beseitigung der angesprochenen Probleme wohl eine deutlich längere Zeitspanne benötigt, trotz des Sondervermögens von 100 Milliarden Euro. Keinesfalls werden die kumulierten Probleme der letzten 30 bis 35 Jahre in den nächsten fünf Jahren zu beseitigen sein.

4. Äußerst zeitintensiv reversible Revitalisierung der industrie- und rüstungspolitischen Basis:

Vor dem Hintergrund der unter 3. beschriebenen Probleme: Zur Lösung des strategischen Verteidigungsproblems gehört notwendigerweise die Möglichkeit, ebendiese aus rüstungsindustrieller Sicht auch lösen zu können. Die deutsche Rüstungsindustrie gehört nach wie vor zu den besten der Welt. Die rückläufigen Mittelzuweisungen für die Bundeswehr zogen aber auch reduzierte Aufträge an die Industrie nach sich. Diese sinkende staatliche Nachfrage bei unverändert restriktiver Rüstungsexportpolitik wird (in funktionierenden Volkswirtschaften) regelmäßig durch den Abbau von Kapazitäten beantwortet, weil sich Unternehmen ansonsten nicht mehr am Markt halten können. Die Umkehrung dieses Prozesses verlangt nach verlässlichen Aufträgen bei der Industrie, die dann (jedenfalls bei Dauerhaftigkeit der Erhöhung von Bestellmengen) mittelfristig die bestehenden Kapazitäten wieder erweitern wird: eine Normalreaktion in Marktwirtschaften. In der Übergangsphase geht dieser Prozess aber mit einer, gemessen am Stand der aktuellen Nachfrage, zu geringen Produktion einher: Ein Neuaufbau von Kapazitäten lässt sich nicht in kürzester Zeit organisieren. Derzeit steht also die Notwendigkeit verlässlicher Signale zum Kapazitätsaufbau in der deutschen Rüstungsindustrie ganz oben auf der politischen Agenda zum nachhaltigen Aufbau einer strategisch schlagkräftigen Bundeswehr: Ohne diese Maßnahme wird eine erfolgreiche Zeitenwende nicht gelingen können!

5. Experten für den Aufbau in der Bundeswehr?

Das Spitzenpersonal in der Bundeswehr muss die neue Bundeswehr in der Zeitenwende (aus)gestalten. Die dafür zentralen Akteure waren und sind jedoch durchgängig geprägt von 30 Jahren Reduktion und Verkleinerung der Armee. Können die „Abbaumanager“ auch erfolgreich als „Aufbaumanager“ agieren? Diese Frage beschäftigt das GIDS in der jüngeren Vergangenheit intensiv. Es ist sicherlich nicht einfach, wenn Entscheidungsträgerinnen und -träger, die bislang Zusammenlegungen, Auflösungen und Außerdienststellungen zu bewältigen hatten, jetzt das genaue Gegenteil dessen umzusetzen haben. Aus dem Vollen schöpfen zu können, ohne dem Rausch des Geldes zu erliegen, ist möglicherweise eine neue, bislang eher unvertraute Grundtugend in der Bundeswehr. Hilfreich wären sicherlich Fort- und Weiterbildungen durch Spitzenführungskräfte, die Erfahrungen aus anderen öffentlichen und nichtöffentlichen Bereichen zur Diskussion stellen und ihre jeweilige spezifische Übertragbarkeit auf die Bundeswehr reflektieren.

Hinzu gesellen sich Fragen, die mit den vier bereits benannten Impulsen eng verbunden sind: Wie reagiert die Gesellschaft auf Pläne, neue Flug- oder Truppenübungsplätze zu installieren, um die Verteidigungsfähigkeit in Deutschland zu steigern? Welche Möglichkeiten des tatsächlichen finanziellen Aufwuchses im Verteidigungshaushalt bestehen, wenn gleichzeitig alternative Ansprüche an auch zukünftig knappe Staatseinnahmen bestehen? Wie gehen wir mit bestehenden bürokratischen Prozessen inner- und außerhalb der Bundeswehr um, die einen schnellen Wiederaufbau der Streitkräfte verzögern oder gar aufhalten? Wie gestalten wir eine Bundeswehr, deren ausgeprägte Verteidigungsfähigkeit jetzt und künftig garantiert werden kann?

Fazit

Die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit den vorstehenden Fragen ist eine zentrale Lehre aus einem blutigen Krieg mitten in Europa. Alle genannten Fragen bedürfen einer tragfähigen Beantwortung, die die Rolle von Verteidigung möglichst umfassend und neu definieren muss. Angesichts einer Vielzahl zukünftiger Bedrohungen für Deutschland sollten wir aber besser früher als später derartige Antworten finden – denn deren konstruktive Umsetzung in konkrete Maßnahmen bedarf sicherlich einiger Zeit. ■